

„Angebot“ von Bund und VKA

VON WEGEN RESPEKT!

„Dieses Angebot ist Ausdruck des Respekts vor dem, was die 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen tagtäglich für uns alle in Deutschland leisten,“ sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser am Ende der zweiten Verhandlungsrunde im Brustton der Überzeugung.

Das „faire Angebot“: Fünf Prozent Lohnerhöhungen auf 27 Monate, schnell verpuffende Einmalzahlungen in Höhe von 2.500 Euro und überproportionale Erhöhungen für Beschäftigte in den Entgeltgruppen 13 bis 15.

Aber ist es wirklich ein Ausdruck von Respekt, unsere Kernforderung nach einem Mindestbetrag von 500 Euro einfach vom Tisch zu wischen? Ist es ein Ausdruck von Res-

pekt, Menschen, die mit ihrer harten Arbeit den Laden am Laufen halten, in Zeiten hoher Inflation und steigender Preise mit einer Einmalzahlung abzuspeisen? Ist es ein Ausdruck von Respekt, Sonderopfer von den Beschäftigten in Sparkassen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu fordern?

Da können wir nur bitter lachen – **Respekt sieht anders aus!**

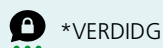
Denn im Klartext sagen die Arbeitgeber Euch mit ihrem krass unsozialen Angebot:

Mach' Dir nicht so viel aus Geld, der öffentliche Dienst ist doch attraktiv genug.

Meinen die Arbeitgeber.

Fakt ist: Der Öffentliche Dienst steht im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft. Und da können die Löhne schon lange

nicht mehr mithalten. Dabei haben die Kommunen seit 2014 überwiegend positive Zahlen geschrieben. Auch im Jahr 2022 gab es ein sattes Plus von 7,5 Milliarden Euro in den kommunalen Kassen. Und die von den Arbeitgebern viel beschworenen guten und sicheren Arbeitsbedingungen lassen seit Jahren zu wünschen übrig.



Das bedeutet: Das Märchen von den leeren Kassen stimmt pauschal so nicht. Für einen starken und attraktiven Öffentlichen Dienst brauchen wir wettbewerbsfähige Einkommen und keine Reallohnverluste. Und zwar in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Sei nicht so verdammt solidarisch, denn ein Mindestbetrag bringt das Lohngefüge durcheinander.

Meinen die Arbeitgeber.

Fakt ist: Wir fordern 10,5 Prozent mehr Geld für alle, mindestens aber 500 Euro mehr. Und genau diese soziale Komponente, diese 500 Euro, sind für die Beschäftigten mit

niedrigen Einkommen richtig wichtig. ver.di hat in den vergangenen Monaten mehrfach Tarifverträge mit einem Festbetrag abgeschlossen, zum Beispiel bei der Hamburger Hochbahn oder beim Berliner Flughafen. Das Lohngefüge verkraftet das gut.

Das bedeutet: Nur weil die Arbeitgeber Angst haben, Führungspositionen in Zukunft noch schwieriger besetzen zu können, wenn der Abstand zwischen niedrigen und hohen Einkommen geringer wird, werden wir nicht auf unsere Kernforderung verzichten.

Arbeite einfach für zwei, denn Personal fehlt höchstens in den Führungs- etagen.

Meinen die Arbeitgeber.

Fakt ist: In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes fehlt qualifiziertes Personal. Schon jetzt sind im öffentlichen Dienst bundesweit über 300.000 Stellen unbesetzt. In den nächsten zehn Jahren müssen 1,4 Millionen Stellen neu besetzt werden, weil die „Baby-Boomer“ in Rente gehen.

Das bedeutet: Die Arbeitsbelastung wächst, Pausen- und Ruhezeiten fallen weg, dafür steigt die Zahl der Überstunden. Die fachlichen Anforderungen sind unter diesen Bedingungen in vielen Fällen nur noch schwer zu erfüllen. Aber doppelt so schnell arbeiten, das funktioniert nicht ohne Superkräfte!

Zieh doch auf's Land, wenn Du Dir eine Wohnung in Städten mit hohen Mieten wie München, Frankfurt oder Leipzig nicht leisten kannst.

Meinen die Arbeitgeber.

Fakt ist: Auch in München, Frankfurt oder Leipzig muss gearbeitet werden. Oder wie stellen sich die Arbeitgeber die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge in den Ballungszentren sonst vor?

Doch viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst verdienen gerade mal auf oder knapp über Mindestlohniveau und sind auf ergänzende Leistungen vom Staat, wie z.B. Wohngeld, angewiesen. Und der Weg zur Arbeit ist bei steigenden Energiekosten auch teurer geworden.

Das bedeutet: Nicht nur auf dem Land werden Kinder betreut, Straßen gereinigt und Wohngeldanträge kompetent und schnell bearbeitet. Wohnortnahe Arbeit, das muss für die Beschäftigten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes möglich sein. Es ist nicht akzeptabel, dass gerade der Staat nicht bereit ist, seine Beschäftigten so fair und angemessen zu bezahlen, dass sie sich die Mieten dort leisten können, wo sie auch arbeiten.

ALLE UNSERE SOCIAL-MEDIA-KANÄLE FINDEST DU HIER:

Klar ist: Wir werden den Arbeitgebern die Antwort geben, die ihr unterirdisches Angebot verdient!

Denn: Wir sind ver.di. Und wir wissen: Zusammen geht mehr.

WIE GEHT ES WEITER?

27.–29. März 2023 Dritte Verhandlungsrunde

WEITERE INFORMATIONEN UNTER **ZUSAMMEN-GEHT-MEHR.VERDI.DE**

JETZT MITGLIED WERDEN!

mitgliedwerden.verdi.de